

Archivar des Terrors

Russland Ein Historiker sammelt Namen und Geschichten von Stalins Opfern. Es ist ein Kampf gegen die Zeit und ein Land, das vom Massenmord nichts mehr wissen will. *Von Christian Neef*



Verhaftung durch den Geheimdienst 1937

DAVID KING / VOLLER ERNST

„Ich erinnere mich, welches Gefühl die Anweisung hinterließ, in den Treppenaufgängen die Tafeln mit den Namen der Hausbewohner abzunehmen. Die Verhaftungen hatten derart zugenommen, dass die Tafeln fast täglich geändert werden mussten – zu leicht war zu sehen, wer über Nacht abgeholt worden war.“

Aus den „Erinnerungen“ von Dmitrij Lichatschow, 1906 bis 1999, Nestor der russischen Literaturwissenschaft und führender Kopf der Perestroika in St. Petersburg

Es gibt eine schöne Tradition in St. Petersburg, Russlands früherer Hauptstadt. Jedes Jahr am 30. Oktober kommen auf dem ehemaligen Revolutionsplatz Menschen zusammen, um der Opfer der politischen Repressionen zu gedenken. Es ist ein Tag der Erinnerung an jene, die einst in die Kerker und Arbeitslager des sowjetischen Geheimdienstes gerieten oder von Stalins Henkern umgebracht wurden. Im Namen des Sozialismus – als angebliche Volksfeinde, Verräter oder Schädlinge.

Der Revolutionsplatz liegt neben der Peter-und-Paul-Festung und gegenüber dem Winterpalast der Zaren, er heißt jetzt wieder Dreifaltigkeitsplatz, auf ihm steht ein Gedenkstein für die politisch Verfolgten. An dieser Stelle werden immer am 30. Oktober die Namen der Erschossenen verlesen, stundenlang. Jeder darf sich daran beteiligen, jeder vom Schicksal seiner Verwandten berichten. So war es auch in diesem Jahr.

Dann trat irgendwann ein Mann ans Mikrofon, um die 60 Jahre alt. Die Versammelten erwarteten, er werde erzählen, was alle hier erzählen: der Großvater verhaftet, erst in den Gulag gebracht, später erschossen, die Großmutter in die Verbannung ge-

schickt, die Kinder ebenfalls hingerichtet. Aber dieser Mann sprach von der Angst.

Davon, dass seine Mutter Ärztin gewesen sei, eine gute Onkologin und Chirurgin. Dass sie viel gearbeitet und ihren Kindern nie etwas über die Familie erzählt habe. Dass sie seinen Fragen ausgewichen sei. Dass sie stets gesagt habe, eines Tages breche vielleicht eine freiere Zeit an, in der sie ihm antworten werde. Dann sei Gorbatschows Perestroika gekommen, die Öffnung der Archive, und wieder habe er sie nach der Familie gefragt. Da habe ihm die Mutter geantwortet: Sie werde ihm auch jetzt nichts erzählen. Nicht heute, nicht morgen, niemals.

„Da habe ich verstanden: Sie hat ihr ganzes Leben lang Angst gehabt“, sagte der Mann zu den Menschen auf dem Dreifaltigkeitsplatz. „Angst, dass man uns irgendwohin verbannt, dass man uns verhaftet, dass wir spurlos verschwinden wie andere in der Familie auch. Und ich spüre: In mir sitzt dieselbe Angst. Jetzt, im Jahr 2015.“

Die Szene hat sich Anatolij Jakowlewitsch Rasumow ins Gedächtnis gebrannt. Denn der Mann auf dem Platz tat, was er, Rasumow, stets gefordert hat: über die Vergangenheit zu sprechen, über die Ängste,

über das Schweigen. „Ohne Erinnerung wird immer Schuld auf uns lasten. Mit Schweigen werden wir sie nie überwinden.“

Rasumow ist der Anwalt all jener, die in Leningrad, wie St. Petersburg zu sowjetischen Zeiten hieß, von der Staatsmacht erschossen, ertränkt, erwürgt, erschlagen oder Ende der Dreißigerjahre sogar in umgebauten Lastwagen vergast worden sind. Ein Buchhalter des Todes. Der Mann, der Jahr für Jahr Tausende Namen dem Vergessen entreißt. Seit 1995 gibt er die Buchreihe „Leningrader Martyrologium“ heraus, ein Verzeichnis aller Opfer der Stalin-Zeit. Er arbeitet gerade an Band 14. In Leningrad wurde viel gestorben.

„Bis Alexander Solschenizyn seinen ‚Archipel Gulag‘ schrieb, kannten wir die Zahl der Toten nicht“, sagt Rasumow. „Wir haben auch jetzt noch keine endgültige Vorstellung von diesem Massenmord. Zwischen 1917 und Stalins Tod sind nach meinen Berechnungen in unserem Land 50 Millionen Menschen ums Leben gekommen, fast die Hälfte davon während der Revolution, im Bürgerkrieg, infolge der willkürlich ausgelösten Hungersnöte und während des Stalinschen Terrors.“

Rasumow redet schnell, wie einer, der keine Minute zu verlieren hat. Zumindest den Opfern des Terrors will er ein Gesicht geben. Aufschreiben, wo sie geboren sind, welchen Beruf sie hatten, wann und warum sie verhaftet und wo sie hingerichtet worden sind. Er hat es eilig, weil diese Aufgabe ein Wahnsinn ist. Und weil er weiß, dass er sich gegen den Zeitgeist stemmt. Gegen einen ideologischen Trend, den er nicht aufhalten kann. Denn in Russland ist jetzt immer öfter zu hören, dass die Zahl der unter Stalin Verfolgten übertrieben werde. Dass die Repressionen nur einen begrenzten Kreis von Menschen betroffen hätten: Heerführer, Journalisten, Funktionäre. Ja, dass die Hinrichtungen womöglich zu rechtfertigen seien.

In Moskau hat die Stadtregierung gerade ein Referendum über die Umbenennung einer Metrostation durchgeführt. Die Station trägt den Namen eines Bolschewiken, der 1918 an der Erschießung der Zarenfamilie beteiligt war. Es hatte Proteste gegeben, dass man fast hundert Jahre später auf diese Weise noch immer einen Mörder ehrt. Aber die Mehrheit hat dafür gestimmt, den Namen beizubehalten.

Auch der Mann, der 1940 in Stalins Auftrag Leo Trotzki erschlug, den früheren Chef der Roten Armee, ist noch immer



DIMITRI BELIAKOV / DER SPIEGEL

Forscher Rasumow in seinem Büro in der Nationalbibliothek: „Wir dachten, eine Rückkehr zur Vergangenheit werde nicht mehr möglich sein“

„Held der Sowjetunion“, niemand hat ihm den Titel aberkannt. „Er wird wohl noch das zweite Mal zum Helden ernannt“, sagt Rasumow. „So, wie hier jetzt alles läuft.“

Rasumow war nicht leicht zu finden. Auf Mails antwortet er kaum, Telefonate hält er knapp. Dabei sitzt er mitten im Zentrum von St. Petersburg. In der Russischen Nationalbibliothek am Newski-Prospekt, die 1814 unter Alexander I. als Kaiserliche Bibliothek eröffnet worden ist.

Es geht an einem Polizeiposten vorbei, durch mehrere holzgetäfelte Lesesäle, dann enge Stiegen hinauf. Irgendwo im dritten Stock öffnet sich eine kleine Tür, und da sitzt dieser Mann: nicht besonders groß, graue Haare, grauer Schnurrbart, braunes Hemd und graues Jackett, die Füße stecken in Sandalen. Er sieht aus, als ob er möglichst nicht auffallen wolle.

In den Regalen in dem vollgestopften Kabinett stehen 35 rote Bände mit den Namen der 630 000 Menschen, die während der Leningrader Blockade durch die deutsche Wehrmacht starben, meist an Hunger. Dazu Lexika mit den Opfern politischer Verfolgungen in Polen, der Ukraine, Kasachstan. Und überall Ordner mit Akten, selbst auf dem kleinen Sofa liegen sie.

An die Tür hat Rasumow einen Stadtplan aus dem Jahr 1923 geheftet, gleich links neben seinem Stuhl liegt ein zerfleddertes Telefonbuch von 1937. Es ist das letzte Adressverzeichnis aus der Stalin-Zeit, danach erschienen keine Telefonbücher mehr. Manchmal, sagt Rasumow, suche er in dem Buch einen bestimmten Namen, den er in den Todesakten gelesen habe. „Wenn ich ihn finde, greife ich zum Telefon, um diesen Menschen anzurufen – und begreife, dass es ihn ja schon lange nicht mehr gibt. Dann merke ich, wie tief ich in dieser Sache versunken bin. Seit 25 Jahren.“

Rasumow ist 61 Jahre alt, er kommt nicht aus St. Petersburg, sondern aus einer weißrussischen Kleinstadt. Der Vater war als Offizier in der DDR stationiert, fünf Jahre lang lebte die Familie in Berlin und Eberswalde. Es war sein erstes prägendes Erlebnis. „Wir haben in der DDR mehr Freiheit verspürt als zu Hause“, sagt Rasumow, „wir waren weit weg von diesem Hyperstaat, der alles kontrollierte.“ Nach der Schule wollte er unbedingt nach Leningrad, für ihn „ein Symbol der Offenheit“, bis heute liebe er die Stadt.

Er hat sich einen Platz an der Historischen Fakultät erkämpft, Archäologie und

Geschichte der sowjetischen Gesellschaft studiert. „Aber als Archäologe habe ich dann nicht arbeiten wollen, und sich ernsthaft mit den Problemen der Sowjetunion zu befassen ging zu der Zeit nicht. Also bewarb ich mich in der Nationalbibliothek.“ Dann kam Gorbatschows Perestrojka, es war wie eine Befreiung für ihn.

Rasumow begann, ein Werk über die bisher unbekanntes „Seiten der Geschichte“ herauszugeben, stieg in den Bibliotheksrat auf, wurde Wandzeitungsredakteur. Man schlug ihm vor, eine Dissertation zu schreiben, dann bot man ihm eine politische Karriere an. Aber da hatte er bereits mit seiner Kartei der Opfer des Großen Terrors begonnen. „Das erste Mal gab es die Chance, Bücher über das Schicksal der Hingerichteten und Verschollenen herauszugeben. Ich glaubte, mit ihnen mehr bewirken zu können als auf anderen Wegen. So entstand der Plan für diese Buchreihe, und so hatte ich im August 1991 erstmals Zugang zu den Archiven des KGB.“

In Leningrad hatte der Geheimdienst NKWD, der spätere KGB, seinen Sitz im „Großen Haus“ am Litejny-Prospekt. Heute sitzt dort der russische Inlandsgeheimdienst FSB, dort begann in den Siebziger-

jahren auch Wladimir Putins Karriere. Im Großen Haus wurde über das Schicksal Tausender und Abertausender Leningrader entschieden.

Verfolgt und gemordet wurde mehr als ein Vierteljahrhundert lang, vor allem zwischen 1928 und 1954. Aber die Jahre 1937 und 1938, die Zeit des „Großen Terrors“, waren der Höhepunkt des Sterbens. Stalin rief damals zur „endgültigen Beseitigung der kapitalistischen Elemente“ auf, um den Sieg des Sozialismus zu sichern. Mit dem Geheimbefehl Nr. 00447 vom Juli 1937 gab Moskau jedem Gebiet einen Plan für die zu Unterdrückenden vor. Sie wurden per Federstrich zu „Kulaken, Kriminellen und anderen antisowjetischen Elementen“ erklärt, so auch in Leningrad.

Die „Troikas“, Schnellgerichte, denen der örtliche Geheimdienstchef, der Staatsanwalt und der Parteichef angehörten, ließen auf Grundlage von Spitzelberichten oder Denunziationen Zehntausende verhaften. Es traf alle, die wegen ihrer politischen Vergangenheit, ihrer sozialen Herkunft oder ihrer Nationalität ins Visier der Geheimpolizei geraten waren.

Aus ehrbaren Arbeitern und Bauern, Lehrern und Studenten, Ärzten und Geistlichen, Verkäufern und Hausmeistern wurden plötzlich Volksfeinde. Sie wurden ins NKWD-Gefängnis an der Nischegorodskaja-Straße gebracht, dort per Genickschuss niedergestreckt oder auf andere Weise umgebracht. Andere verschwanden für mindestens zehn Jahre im Gulag. Die Toten verscharfte man außerhalb von Leningrad, auf einem geheimen Gräberfeld in der Lewaschowsker Heide. Die Stelle wurde erst 1989 entdeckt.

„Das KGB-Archiv musste dem Stadtrat Anfang der Neunzigerjahre die Listen der Verfolgten herausgeben“, sagt Rasumow. „Aber die Angaben waren unvollständig oder gefälscht. Es gab nur Adressen, aber keine Hinweise, wer die Leute verurteilt hat, wann und wo sie hingerichtet worden sind.“

Überhaupt sei das abgründige Terror-system für Außenstehende schwer zu verstehen: Zwar habe es die berühmtesten Schauprozesse gegen hochrangige Personen gegeben. Aber der verdeckte Teil des Tötens sei viel umfangreicher gewesen, sagt Rasumow, wie bei einem Eisberg. „Das waren die geheimen Hinrichtungen ohne Prozess, nach denen die Angehörigen die Mitteilung erhielten: ‚Verurteilt zu zehn Jahren Haft ohne Recht auf Briefwechsel.‘ Sie wussten nicht, dass dies die Todesmeldung war.“

Rasumow hat sich die vollständigen Listen aus dem Archiv besorgt: die biografischen Daten, die Todesurteile, die Bestätigung des Untersuchungsgefängnisses, die Urteile der Troika oder des Gerichts, den Akt der Vollstreckung. Es sind Papiere mit



Diktator Stalin 1937 in Moskau: Kampf gegen „Kulaken, Kriminelle, antisowjetische Elemente“

irrwitzigen Anschuldigungen und erzwungenen Unterschriften.

Mit dieser Inventur des Todes sucht er Angehörige und Nachfahren der Opfer und bittet sie um Fotos, Zeugnisse, Lebensberichte. „Zuerst hatten wir acht Bände geplant, dann neun. Jetzt sind es sehr viel mehr geworden – weil wir auch jene Verurteilten suchen, die nicht erschossen wurden. Die vorher im Gefängnis starben oder beim Hungerstreik. Wir haben kein Recht, nur einen einzigen Namen auszulassen. Unser Martyrologium ist der vollständigste Blick in diesen Bereich politischer Repressionen in Russland.“

Rasumow greift ins Regal mit den blau eingebundenen Büchern und nimmt Band 12 in die Hand. 799 Seiten, die Biografien sind alphabetisch sortiert, gefolgt von Erinnerungen der Verwandten.

Auf Seite 78 steht: „Ginger, Sergej Grigorjewitsch, geb. 1869, Russe, parteilos, Architekt. Begann 1905 mit dem Bau seines ersten Mietshauses in der Kavaliergarde-Straße Nr. 8. Verhaftet im Februar 1933, wegen ‚Wirtschaftssabotage‘ zu fünf Jahren Verbannung in Sibirien verurteilt. Oktober 1937 erneut verhaftet, zum Tode verurteilt, 9. November 1937 erschossen.“

Auf Seite 253: „Sinkkonen, Alexander Matwejewitsch, geb. 1885 im Gouvernement Wyborg (Finnland). Überschrift mit Frau und Tochter auf Arbeitssuche die Grenze zur UdSSR. Gefängnis in Leningrad, dann Arbeit auf einer Kolchose im Rayon Oranienbaum. Am 2. Januar 1938 verhaftet, durch den NKWD am 13. Fe-

bruar wegen ‚Spionage‘ zur Höchststrafe verurteilt. Am 13. März erschossen. Ehefrau Ida ebenfalls erschossen. Die Tochter Hilka zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt.“

Rasumow hat auch jene ausfindig gemacht, die in Leningrad verhaftet, aber anderswo umgebracht worden sind. Etwa den deutschen Musiker Oskar Böhme, der als Kornettist am Petersburger Mariinski-Theater wirkte. „Über Böhmies Verbleib kann bis heute nur spekuliert werden“, steht bei Wikipedia. Rasumow hat herausgefunden, dass Böhme im Oktober 1938 in Orenburg am Ural erschossen wurde.

„Ich habe mir ein paar Regeln aufgestellt, damit ich das alles aushalten kann“, sagt Rasumow. „Ich beginne jeden Tag wie eine Reise und denke nicht darüber nach, ob ich das Ganze schaffen werde. Ich nehme die Schicksale auf, aber ich hinterfrage sie nicht. Und ich ermuntere die Leute, die zu mir kommen: Sucht selbst, fordert beim Geheimdienst Dokumente an! Aber natürlich bekomme ich viele dieser tragischen Lebensgeschichten nicht mehr aus dem Kopf.“

Eine ältere Dame hat ihm gerade ihre Erinnerungen an den Priester Stepan Anfimow geschickt, ihren Großvater. Der Mann hatte den Ersten Weltkrieg mitgemacht, war dann Pope geworden, hatte sich in seinem Dorf bei Leningrad aber auch eine gut gehende Landwirtschaft aufgebaut, weil er eine große Familie besaß. Der Staat hat ihn zuerst pleitegehen lassen, dann enteignet, dann für drei Jahre in ein Lager gesteckt. 1937 kam er zurück



DMITRI BELIAKOV / DER SPIEGEL



DMITRI BELIAKOV / DER SPIEGEL

DMITRI BELIAKOV / DER SPIEGEL

Hinrichtungsliste von 1937, Fotos von Verhafteten: Die Henker hoben sogar die Kugeln auf

und geriet auf die Erschießungslisten: Anfimow wurde ebenso hingerichtet wie der Schmied des Dorfes, zwei Mitglieder des Kirchenrates und ein Kolchosbauer. Der Vorwurf: „Propaganda zur Unterhöhnung der Sowjetmacht.“

„Die Behörden haben den Angehörigen gesagt, sie hätten Anfimow nach Sibirien verbannt. Und die haben jahrzehntelang geglaubt, er lebe noch“, sagt Rasumow. „Die Familie habe sich davon nie erholt, schrieb mir die Enkelin. Sie habe ihr Haus bis heute nicht zurückerhalten, obwohl jeder von ihnen 14 Stunden am Tag in der Kolchose gearbeitet hätte – zur Stalin-Zeit, bei Chruschtschow, unter Breschnew. Und dann schrieb sie einen unvergesslichen Satz: ‚Warum behandelt uns dieser Staat immer wie Stiefkinder und nicht wie eigene Kinder?‘“ Rasumow wird Anfimows Schicksal in Band 14 erwähnen.

Und wo hat er etwas über die Täter notiert? Über die Mörder und über jene, die die Opfer denunziert haben?

Rasumow schüttelt den Kopf. Das sei aus diesen Akten nicht ersichtlich. „Die Aussagen wurden damals oft gefälscht, um diese absurden Urteile zu ermöglichen.“ Manchmal bestünden Angehörige darauf, er solle dazuschreiben: „Vom Nachbarn angezeigt.“ Dann rede er auf sie ein, um sie davon abzubringen. „Ich darf in diesen Dingen nicht der Richter sein.“

Die Buchführung der Mörder war penibel. „Ewig aufbewahren“ stempelte die Staatssicherheit auf ihre Dossiers, in manchen Mappen sind sogar die Kugeln der

Henker archiviert. „Es muss etwas Sakrales dabei gewesen sein“, sagt Rasumow. „Die Vollstrecker waren von sich überzeugt, sie hatten keine Angst. Sie morde- ten im Namen einer Idee.“

Landesweit sind bislang mehr als vier Millionen Menschen rehabilitiert worden – das lässt die Größenordnung des Stalin- schen Terrors erahnen.

Wer in den Akten liest, ist fassungslos: Zu offensichtlich sind all diese Lügen, all dieser Schmutz. Rasumow hat vor 25 Jahren genauso empfunden. „Wir dachten, wenn die Leute die ganze Wahrheit über die Stalin-Zeit erfahren, werde eine Rück- kehr zur Vergangenheit nicht mehr mög- lich sein. Mein Gott, was waren wir naiv!“

In der Moskauer Manege, dem großen Ausstellungssaal zu Füßen des Kreml, fand im November eine Multimediashow statt. Ihr Titel: „Meine Geschichte. Von den großen Erschütterungen bis zum Großen Sieg.“ Es ging um Russland in den Jahren zwischen 1914 und 1945, Veranstalter war die russisch-orthodoxe Kirche, die inzwi- schen der ideologische Arm des Staates ist. Es war eine Schau des Selbstbetrugs.

Die politischen Repressionen der So- wjetzeit wurden zwar erwähnt, aber zu- gleich relativiert: Selbst in dieser Zeit, so hieß es, habe die Heimat Großes voll- bracht, weil das Volk einig geblieben sei und sich der „hohen moralischen Ideale“ erinnert habe, der ewigen russischen Wer- te. Tag für Tag wurden Hunderte Schul- klassen und Besuchergruppen durch die Schau geführt.

„In den Geschichtsbüchern dürfen nur überprüfte Bewertungen stehen – unter Berücksichtigung unserer staatlichen Inter- essen“, sagt Kulturminister Wladimir Me- dinski. Er hat selbst ein mehrbändiges Werk verfasst, in dem er „negative My- then“ der russischen Geschichte widerlegt. Seine glorifizierenden Werke werden in Millionenaufgabe verkauft, während die schonungslosen Bücher über die Sowjet- zeit, die die Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch schreibt, wie Blei in den Re- galen liegen, sie gelten als „russophob“.

Wie die Geschichte zu deuten ist, be- stimmt der Staat. Die Organisation „Me- morial“, die das Thema Repression in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt hat, wird inzwischen als „verfassungsgefährdend“ ein- gestuft. Und Rasumows „Leningrader Mar- tyrologium“ erhielt dieses Jahr keine öf- fentlichen Gelder mehr – seine Helfer gin- gen in den Kirchen von St. Petersburg mit dem Klingelbeutel herum, um die Druck- kosten bezahlen zu können.

„Kulturminister Medinski ist für mich keine Autorität“, sagt Rasumow. „Ich ar- beite nicht für den Staat. Der will, dass wir uns nur an das Heroische in unserer Geschichte erinnern. Anatolij Sobtschak, von 1991 bis 1996 erstes demokratisch ge- wähltes Stadtoberhaupt von St. Petersburg, war der letzte Amtsträger, der den Ge- dächtnisfriedhof Lewaschow besuchte – jenen Ort, auf dem die Opfer des Großen Terrors liegen. Das Schlimme ist: Die Men- schen stoßen sich nicht daran, die Vergan- genheit ist auch ihnen unheimlich und un- bequem.“ Und er erzählt die Geschichte einer Frau, mit der er zu tun hatte.

„Sie war die Tochter eines Militärflegers und brachte mir eine Mappe, in der Foto- grafien, Archivauskünfte und die Urkunde über die Rehabilitierung ihres hingerichte- ten Vaters lagen. Ich kopierte die Doku- mente, um sie in den nächsten Band mei- ner Buchreihe aufzunehmen. Kurz vor Drucklegung sagte ich ihr am Telefon, dass ihre Angaben nun veröffentlicht würden. Sie schwieg lange, dann fragte sie: ‚Ich habe Ihnen etwas gegeben? Ich kann mich nicht erinnern. Nein, ich habe Ihnen nichts ge- geben, ich weiß von nichts.‘ Und legte auf.“

Rasumow stockt, als hätte sich die Be- gebenheit gerade eben zugetragen. „Ich war verwirrt, bis 15 Minuten später erneut das Telefon klingelte. Es war erneut die Frau, sie sagte: ‚Anatolij Jakowlewitsch, ja, ich habe Ihnen das alles gegeben. Machen Sie damit, was Sie wollen – aber wenn ir- gendwas ist: Sie haben es nicht von mir.‘“

So seien die Zeiten, sagt Rasumow. Er habe eingesehen, dass er das Volk mit sei- nen Büchern über Stalins Opfer nicht er- reichen wird. „Ich weiß jetzt: Wir arbeiten für die, die das alles verstehen. Denen das wichtig ist. Und für die, die uns irgend- wann erhören werden.“